

1&1 Versatel Deutschland GmbH, Wanheimer Straße 90, 40468 Düsseldorf

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Beschlusskammer 3
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

Sebastian Jorns
T + 49 69 21789 222
M + 49 172 3583122

Frankfurt

Sebastian.Jorns@1und1.net
www.1und1.net

Per E-Mail: BK3-Postfach@BNetzA.de

Düsseldorf, 13. August 2021

BK3c-21/004

Vierte Stellungnahme der 1&1 im Verfahren Überlassungsentgelte für KVz-AP und Übergabeanschlüsse

Sehr geehrte Frau Dreger,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 28.07.2021 hat die Beschlusskammer 3 gemäß §§ 13 Abs. 1, 12 Abs. 1 i.V.m. § 5 TKG einen Entwurf einer Entgeltgenehmigung in dem Verwaltungsverfahren auf Antrag der Telekom Deutschland GmbH („Telekom“) wegen Genehmigung der Überlassungsentgelte für die Zugangsleistung KVz-AP veröffentlicht und zur Konsultation gestellt („Konsultationsentwurf“).

Hiermit nehmen die 1&1 Versatel GmbH, die 1&1 Versatel Deutschland GmbH und die 1&1 Telecom GmbH („1&1“) zu dem Konsultationsentwurf Stellung.

Unseren bisherigen Vortrag in den vorangehenden Stellungnahmen vom 02.06., 11.06. und 01.07.2021 halten wir vollumfänglich aufrecht. Insofern begrüßen wir die unter Ziff. 4.1.2.2.2.7 ersatzlose Streichung des von der Telekom aufgrund der Beschlusskammergebühren vorgenommenen Zuschlags.

Die Nichtbefolgung der Vorgaben der Mitteilung der EU-Kommission über die Berechnung der Kapitalkosten für Altinfrastrukturen im Zusammenhang mit der Prüfung nationaler Notifizierungen im Sektor der elektronischen Kommunikation in der EU durch die Kommission (2019/C 375/01) („WACC-Mitteilung“) kritisieren wir jedoch nachdrücklich. Der Entwurf der Entgeltgenehmigung ist in der vorliegenden Form aus rechtlicher Sicht mit den nationalen sowie europäischen Vorgaben bereits nicht vereinbar (hierzu unter 1.). Auch die Herleitung der Beschlusskammer, weshalb eine Abweichung von den klaren Vorgaben möglich sei, weiß nicht zu überzeugen (hierzu unter 2.). Zudem leidet die (grundsätzlich falsche) Wahl eines modifizierten Inputparameters bei der Zeitreihe des risikolosen Zinses unter einem offensichtlichen Begründungsmangel (hierzu unter 3.).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Nichtbefolgung der Vorgaben der WACC-Mittelung in einem Verfahren erfolgt, welches aufgrund des angebotenen Produkts keine große kommerzielle Bedeutung hat und daher nicht bei allen Marktteilnehmern im Fokus steht, der von der Beschlusskammer eingeschlagene Weg, aber indizielle Wirkung für alle nachfolgenden Entgeltentscheidungen hat. Diese Problematik und das sich nunmehr im Konsultationsentwurf verwirklichende Vorgehen der Beschlusskammer wurden sowohl in den vorangegangenen Stellungnahmen der 1&1, der Wettbewerber und der Verbände überaus deutlich kritisch angesprochen, als auch alternative Lösungswege

1&1 Versatel Deutschland GmbH, Wanheimer Straße 90, 40468 Düsseldorf

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Martin Witt

Geschäftsführer: Dr. Sören Trebst (Vorsitzender), Claus Beck, Thomas Heyder, Guido Mannshausen, Frank Schulz, Axel Wehrle

Sitz der Gesellschaft: Düsseldorf, Amtsgericht: Düsseldorf HRB 68270

Commerzbank AG Konto 404633001 BLZ 300 400 00, IBAN DE22300400000404633001, BIC COBADEFFXXX

vorgeschlagen. Wir kritisieren und bedauern, dass darauf nicht in adäquater Weise eingegangen werden soll.

Vorwegstellen möchten wir auch, dass wir es als nicht sachgerecht erachten, dass ein Entwurf zur Konsultation gestellt wird, wenn ein wesentlicher Bestandteil noch nicht final vorliegt. Dieses betrifft vorliegend das Gutachten von Herrn Prof. Stehle und Herrn Prof. Dr. Betzer, welches untersucht, inwieweit Deutschland bzw. die Anleihe der Bundesrepublik eine Besonderheit im europäischen Raum darstellt, welche ein Abweichen von einer europäisch einheitlichen Regulierung rechtfertigt.

1.) Zinsermittlung muss gemäß WACC-Mitteilung erfolgen

In Ziffer 4.1.2.2.2.2 des Konsultationsentwurf führt die Beschlusskammer an, dass die Zinsermittlung nach der Mitteilung der Kommission 2019/C 375/01 vom 06.11.2019 (WACC-Mitteilung) sowie den diesbezüglichen Berechnungen des GEREK (BoR (21) 86 erfolgt sei.

Das ist nicht richtig.

Wie die Beschlusskammer selbst anführt, ermittelt sie den WACC nicht nach der Mitteilung der Kommission, sondern weicht hiervon ab, indem sie bewusst einen wesentlichen Inputparameter abweichend bestimmt. Bei der Berechnung des risikofreien Zinses wird fälschlicherweise ein zehnjähriger statt des vorgeschriebenen fünfjährigen Mittelungszeitraums herangezogen. Hierbei verkennt die Beschlusskammer die Bindungswirkung der WACC-Mitteilung (nebst Begleitdokumente), welche diesbezüglich eindeutig ausführt (Hervorhebung durch 1&1):

- WACC-Mittelung, Randziffer 34 : [...] Die Kommission ist der Ansicht, dass durch die Verwendung inländischer Staatsanleihen als Näherungswert und durch eine **einheitliche Methodologie** sichergestellt werden kann, dass Unterschiede bei risikofreien Zinssätzen die tatsächlichen Unterschiede bei den Finanzierungsbedingungen verschiedener Mitgliedstaaten widerspiegeln.
- Commission Staff Working Document C(2019)7858 final¹, Ziffer 5.1.1.4, Conclusion on the length of the averaging period : [...] a **5-year averaging period** strikes the right balance between predictability/stability and efficiency
- WACC-Mittelung, Randziffer 66 : Was jene Parameter anbelangt, die die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen widerspiegeln, so **wird der GEREK den risikolosen Zinssatz eines jeden Mitgliedstaats sowie den EU-weiten risikolosen Zinssatz ermitteln.**
- BEREC Report BoR (21) 86² : **The averaging period BEREC uses for calculating each country-specific risk free rate is five-years** and is based on monthly data retrieved from Eurostat. **This is in line with the Notice** on the calculation of the cost of capital, which highlights that this approach would strike the right balance between predictability and efficiency

¹ Commission Staff Working Document, Commission Notice on the calculation of the cost of capital for legacy infrastructure in the context of the Commission's review of national notifications in the EU electronic communications sector, C(2019)7858 final

² BEREC Report on WACC parameter calculations according to the European Commission's WACC Notice of 6th November 2019 (WACC parameters Report 2021), BoR (21) 86

Diesbezüglich verweisen wir auf das Gutachten der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB, welches zu dem Ergebnis kommt, dass die Bundesnetzagentur an die WACC-Mitteilung der Kommission gebunden ist. Sie hat daher bei der Berechnung des risikofreien Zinses einen fünfjährigen Mittelungszeitraum gemäß Ziff. 27 der WACC-Mitteilung anzusetzen.

Dieses folgt aus

- der rechtlichen Bindungswirkung der WACC-Mitteilung
- sowie aus dem Gebot von Treu und Glauben und Widerspruchsfreiheit.

Das Gutachten liegt der Stellungnahme als Anlage bei.

2.) Regulierungsziele sprechen für die Anwendung der WACC-Mitteilung

Das Nichtbefolgen der WACC-Mitteilung wird versucht über die grundsätzlichen Regulierungsziele (§ 2 Abs. 2 und 3 TKG) zu rechtfertigen. Dieses gelingt nicht – insbesondere auch, da die Argumentation singulär erfolgt und im Widerspruch zu der gängigen Spruchpraxis steht.

Hierzu im Folgenden:

a. Wahrung der Nutzerinteressen, § 2 Abs. 2 Nr. 1 TKG (4.1.2.2.2.5.2)

In dem Konsultationsentwurf führt die Beschlusskammer an, dass systematische Erwägungen hinsichtlich des Regulierungsziels der Wahrung der Nutzerinteressen für eine Methode sprechen würde, welche eine Zinsabsenkung von mehr als 1% verhindere.

Diese Feststellung ist aus verschiedenen Gründen falsch.

Die gleiche Fragestellung wurde ebenfalls 2020 durch die Beschlusskammer untersucht. Im Verfahren BK3-20/013 kommt die Beschlusskammer bei weitestgehend gleicher Argumentation zu dem Ergebnis, dass unter systematischen Erwägungen sich das Regulierungsziel weitgehend neutral bezüglich der in Rede stehenden Methoden verhält. Hierbei wurden systematisch unterschiedliche Ansätze verglichen (Stehle vs. WACC-Mitteilung). Nicht die Höhe der Absenkung stand im Fokus, sondern die Frage nach einer einheitlichen Methodenwahl.

Folgt man nunmehr dem Gedanken, welchen die Beschlusskammer im vorliegenden Konsultationsentwurf verfolgt, ist nicht mehr die Methode, sondern das Ergebnis ausschlaggebend. Dies würde dazu führen, dass das Ergebnis der WACC Bestimmung vorgeprägt ist. Bei Anführen eines konkreten Zielwertes handelt sich daher auch nicht um eine systematische Erwägung.

Eine solche Herangehensweise ist sowohl aus nationaler als auch aus europäischer Sichtweise rechtlich problematisch und wird daher Seitens 1&1 abgelehnt. Die aufgezeigte 1% Schwelle ist für die Wahrung der Nutzerinteressen nicht relevant.

Vielmehr erachten wir die Bewertung der Beschlusskammer im Verfahren BK3-20/013 als sachrichtig. Hier wird festgestellt, dass unter Betrachtung der konkret errechneten Zinssätze es dem Interesse der Nutzer und Verbraucher am ehesten entspricht, wenn für die Zinssatzermittlung die Methode gewählt wird, welche zu einem geringeren Kapitalzinssatz führt, und die Gefahr steigender Entgelte für Nutzer und Verbraucher limitiert.

Die Anwendung der WACC Empfehlung mit einem 5-jährigen gemittelten risikofreien Zins erfüllt damit das Ziel der Wahrung der Nutzerinteressen am besten.

b. Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs, § 2 Abs. 2 Nr. 2 TKG (4.1.2.2.2.5.3)

In dem Konsultationsentwurf führt die Beschlusskammer an, dass das Ergebnis bezüglich des Ziels der Wahrung der Nutzerinteressen auf die Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs übertragbar sei.

Wie gezeigt, erfüllt die Anwendung der WACC Empfehlung mit einem 5-jährigen gemittelten risikofreien Zins das Ziel der Wahrung der Nutzerinteressen am besten.

Zudem ist anzuführen, dass niedrige Entgelte den finanziellen Spielraum der Zugangsnachfrager erhöhen und damit der Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs dienen, wie die Beschlusskammer im Verfahren BK3-20/013 selbst anführt. Im genannten Verfahren wurde das Ziel der Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs aufgrund der geringen Wirkung des WACCs auf die Einmalentgelte dann nicht weiter betrachtet. Dieses ist in dem hier vorliegenden Verfahren anders zu bewerten, da der WACC bei monatlichen Entgelten eine hohe Bedeutung hat. (Zudem strahlt die WACC Bestimmung in diesem Verfahren auch auf alle kommenden Verfahren ab, da die Methodik (erfahrungsgemäß) einmal definiert und dann einheitlich angewandt wird.)

Die Anwendung der WACC Empfehlung mit einem 5-jährigen gemittelten risikofreien Zins erfüllt demnach das Ziel der Sicherstellung eines chancengleichen Wettbewerbs am besten.

c. Förderung des Binnenmarktes, §2 Abs. 2 Nr. 3 TKG (4.1.2.2.2.5.4)

In dem Konsultationsentwurf führt die Beschlusskammer an, dass die WACC-Mitteilung darauf ausgerichtet ist, zu einem stabilen Regulierungsrahmen beizutragen. Hieraus schließt die Beschlusskammer, dass dieses auch eine Zinsstabilität mit Blick auf jedes Mitgliedsland impliziert.

Diesen Schluss kann 1&1 nicht nachvollziehen. Die WACC-Mitteilung hat explizit eine Übergangszeit vorgesehen, welchen die Bundesnetzagentur auch genutzt hat. Im Anschluss sieht die Mitteilung allerdings keine „Sicherung“ gegen eine Anwendung selbiger vor. Nur so dient die Anwendung der WACC-Mitteilung dem Binnenmarktziel, zur Entwicklung einer einheitlichen Regulierungspraxis in Zusammenarbeit mit der Kommission und dem GEREK.

Demnach kam die Beschlusskammer 2020 im Verfahren BK3-20/013 auch zu dem Ergebnis, dass das Regulierungsziel eines einheitlichen Binnenmarktes wesentlich durch die Anwendung der WACC-Mitteilung gefördert wird. 1&1 schließt sich diesem Ergebnis an.

Die Ausführungen der Beschlusskammer überzeugen hingegen nicht, soweit die Beschlusskammer darauf hinweist, dass man „dem Geist“ der WACC-Mitteilung folgen würde. Sie stellt damit selbst fest, dass es sich um ein Abweichen handelt. Ein solches Abweichen kann nicht dem Ziel der Förderung des Binnenmarktes dienen. Denn wenn jedes Mitgliedsland einer sehr konkreten Vorgabe lediglich „im Geiste“ folgt, wird dieses Instrument ad absurdum geführt.

d. Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation, § 2 Abs. 2 Nr. 5 TKG (4.1.2.2.2.5.5)

Die Beschlusskammer führt bezüglich des Ziels der Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation an, dass sie keine gesicherten Auswirkungen bezüglich der Wirkung des Zinssatzes auf die Beschleunigung des Ausbaus hochleistungsfähiger NGA-Netze zu erkennen vermag.

Dieses ist gängige Spruchpraxis und spiegelt die Marktrealität wider, da theoretisch höhere Zinsen bzw. Vorleistungspreise alternativ ausbauenden Unternehmen Investitionsmittel entziehen. Allerdings wurde durch ausbauende Unternehmen auch wiederholt klargestellt, dass das regulierte Entgelt nur sehr bedingt im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit steht. Diese hängt von anderen Faktoren ab (beispielsweise den Refinanzierungskosten für Infrastrukturinvestitionen, welche in Deutschland derzeit sehr gering sind).

Verwunderlich ist, dass direkt im Anschluss auf nicht näher erörterte „systematische Aspekte“ verwiesen wird, welche dann doch einen Einfluss auf die Investitionstätigkeit hätten. Die dahingehende Argumentation fällt kurz aus und zielt darauf ab, dass niedrige Entgelte für Ankerprodukte auf Basis der regulierten Altinfrastrukturen Glasfaserinvestitionen gefährden würden.

Diese Vermutung ist allerdings nicht neu und bereits Gegenstand der bestehenden Spruchpraxis, welche diesen Wirkzusammenhang bisher nicht eindeutig feststellen konnte. Es bleibt daher festzustellen, dass die Wirkung des Zinssatzes auf die Beschleunigung des Ausbaus hochleistungsfähiger NGA-Netze unklar ist.

e. Vorhersehbarkeit der Regulierung, § 2 Abs. 3 Nr. 1 TKG (4.1.2.2.2.5.6)

Hinsichtlich des Ziels der Vorhersehbarkeit der Regulierung rechtfertigt die Beschlusskammer die Nichtumsetzung der WACC Empfehlung (wie bereits bei anderen Zielen) mit der Höhe der damit verbunden Absenkung.

Dieses Argument kann nicht überzeugen.

Bereits 2020 (BK3-20/013) hat die Beschlusskammer darauf aufmerksam gemacht, dass davon auszugehen ist, dass die Kommission ihr bisheriges Bemühen um eine einheitliche Zinsmethodik fortsetzen wird, um eine Anwendung der WACC-Mitteilung in Deutschland zu erreichen.

2020 (BK3-20/013) wurde der Methodenwechsel, welcher (wie bei anderen europäischen Entscheidungen bspw. im Bereich der Terminierungsentgelte oder Roaming) zu einer Neubestimmung der betroffenen Parameter führt, durch die Anwendung eines Übergangszeitraums (aus Sicht der Bundesnetzagentur) angemessen vorbereitet. Ziel war es, den abzusehenden Zinssprung bei einem späteren (vollständigen) Wechsel auf die von den Mitgliedsstaaten gemeinsam genutzte Methodik nach der WACC-Mitteilung abzudämpfen.

Wenn nunmehr die Beschlusskammer eine Umsetzung der WACC-Mitteilung mit Blick auf die stattgefundene Zinsentwicklung „verweigert“, ist dem entgegenzuhalten, dass dieses systematisch falsch ist. Eine Anpassung der Methode, weil das Ergebnis bei Umsetzung „nicht gefällt“ - wobei dieses allen betroffenen Parteien bekannt war - ist mit dem bestehenden und künftigen Rechtsrahmen nicht begründbar.

Zumal die Darstellung, dass der „Sprung“ 1,25% betragen würde, nicht richtig ist, da hier unterschiedliche Methoden verglichen wurden.

Zu betrachten sind die 2020 nach WACC-Mitteilung ermittelten 2,90%. Damit beträgt die Absenkung lediglich 0,5%.³

f. Gesamtabwägung

Wie dargestellt, teilt die 1&1 die Abwägungsentscheidung der Beschlusskammer an unterschiedlichen Stellen nicht. Im Ergebnis spricht die Überzahl der Argumente für eine Anwendung der WACC-Mitteilung in der vorgesehenen Form.

Bei der Einordnung ist zudem zu beachten, dass die Refinanzierungskosten der Betroffenen in dem Vergleichszeitraum wesentlich stärker gefallen sein müssen als der WACC, da die Absenkung primär der Entwicklung des risikolosen Invests geschuldet ist, welche durch die Durchschnittsbildung geglättet ist. Eine Investition in (relativ) risikolose deutsche Staatsanleihen ist derzeit nur bedingt attraktiv. Das Kapital steht daher für Investitionen in wenig risikobehaftete Unternehmungen kostengünstig zur Verfügung. Genau dieser Aspekt soll national unterschiedlich aber methodisch einheitlich über den risikolosen Zins abgebildet werden.

3.) Begründungsdefizit für Wahl eines 10-Jahreszeitraum und der künftigen Auswirkungen

Das Abweichen von der WACC-Mitteilung ist nicht rechtskonform und auch nicht zu begründen. Davon unabhängig ist darauf hinzuweisen, dass der Konsultationsentwurf ein erhebliches Begründungsdefizit innehat.

Die Beschlusskammer erhöht den Betrachtungszeitraum für den gemittelten risikofreien Zins von 5 auf 10 Jahre, ohne dabei andere mögliche Parameter auszuwerten. Nach Ansicht der Beschlusskammer sei es wichtig, dass ein Zielwert bei der WACC-Änderung von 1% nicht überschritten wird. Unklar bleibt, wieso hierbei für den gemittelten risikofreien Zins nicht auch Zeitreihen von 6, 7, 8 oder 9 Jahren betrachtet werden. In einer Gesamtabwägung sind diese zwangsläufig ebenfalls zu betrachten und gegeneinander zu stellen.

Zudem fehlt es an einer Analyse, welche Auswirkung das Abweichen auf künftige WACC-Festlegungen und damit auf die Regulierungsziele hat.

Der vorgegebene Methodenwechsel erfolgt u.a. unter der Prämisse, dass im Anschluss eine einheitliche Anwendung der Methodik entsprechend der WACC-Mitteilung die Vorhersehbarkeit und Vereinheitlichung innerhalb des Binnenmarktes erhöht. Das Abweichen der BNetzA von dieser vorgegebenen Methode läuft den übergeordneten Zielen entgegen. Dieses lässt sich anhand offensichtlicher Probleme aufzeigen:

- Unklar ist, ob der falsche Betrachtungszeitraum künftig beibehalten werden soll oder ob 2022 eine weitere Anpassung erfolgt.

³ Anzumerken ist auch, dass der anstelle der 2,9% angewandte Übergangswert i.H.v. 3,64%, welcher das arithmetische Mittel des von der BNetzA festgelegten Zinses für 2019 und des für 2020 auf Basis der Kommissionsmitteilung ermittelten Zinses darstellt, bereits bedingt wissenschaftlich hergeleitet wurde – aus Sicht der 1&1 lag der Übergangswert bereits zu hoch.

- Und wie beabsichtigt die Bundesnetzagentur damit umzugehen, wenn es bei der nächsten oder übernächsten WACC-Anpassung insbesondere auch aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen zu Änderungen größer 1% kommen sollte. Wird dann der Betrachtungszeitraum erneut angepasst?

Eine klare Aussage und Analyse der Auswirkungen diesbezüglich ist hinsichtlich der Vorhersehbarkeit der Regulierung geboten. Im Ergebnis wird sich zeigen, dass nur die konsequente und einheitliche Anwendung der in der WACC-Mitteilung vergebenen Methode geeignet ist. Jedes Abweichen hiervon wird dazu führen, dass der WACC künftig nicht mehr methodisch ermittelt wird, sondern eine (ggf. politisch beeinflusste) Abwägungsentscheidung ist. Genau dieses sollte über die WACC-Mitteilung unterbunden werden.

4.) Notifizierung zwingend notwendig

Die Bundesnetzagentur stellt der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten aufgrund einer Marktanalyse auferlegte Maßnahmen, wie Entgeltgenehmigungen, zur Verfügung.

Rein vorsorglich weisen wir darauf hin, dass auch der nunmehr von der Beschlusskammer vorgelegte Konsultationsentwurf, nach den §§ 13 Abs.1, 12 Abs. 2 Nr. 1., 2.,4. TKG, zu notifizieren ist. Wie die 1&1, die Wettbewerber und die Verbände bereits vielfach ausgeführt haben, stellt der vorliegend beabsichtigte Beschluss, trotz der derzeit geringen kommerziellen Bedeutung, eine in der Wirkung nicht hoch genug einschätzende wesentliche Richtungsentscheidung, im Sinne einer Leitentscheidung dar.

Der hier von der Beschlusskammer angestrebte, von der WACC-Empfehlung der EU-Kommission abweichende, dritte Weg, lässt befürchten, dass die von den Wettbewerbern einhellig kritisierte Vorgehensweise auch leitend für die nachfolgenden, kommerziell bedeutenderen Entgeltentscheidungen sein wird. Der vorliegende Entwurf hat daher, da er – auch in kommerzieller Hinsicht - prägend für die weitere Entgeltregulierung der Bundesnetzagentur sein wird, erhebliche Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten.

Weiter ist es auch im Sinne der sowohl durch den Europäischen Rechtsrahmen als auch durch den EECC und das TKG angestrebten Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes für Telekommunikation zwingend geboten, dass nationale Sonderwege sowohl der EU-Kommission als auch dem BEREC und den Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten angezeigt werden, als auch damit von diesen kritisch begleitet und überprüft werden können und ggf. auf eine Harmonisierung hingewirkt werden kann.

1&1 geht davon aus, dass der Konsultationsentwurf innerhalb des zwingend notwendigen Notifizierungsverfahrens Seitens der Kommission bemängelt wird und auch einer nationalen, rechtlichen Überprüfung nicht standhalten wird. Die 1&1 fordert nachdrücklich eine Überarbeitung des Konsultationsentwurfs unter Berücksichtigung und Einhaltung der Vorgaben der WACC-Mitteilung.

1&1 beantragt:

Der Betrachtungszeitraum bei dem risikofreien Zins ist mit 5 Jahren anzusetzen. Der risikolose Zins ist entsprechend den Berechnungen des GEREK (BoR (21) 86 anzusetzen.


Diese Stellungnahme enthält keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der 1&1.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



I.V. Dr. Marc Schütze
Vice President Regulation Group United Internet



i.A. Sebastian Jorns
Head of Regulatory Affairs

Anlage:

Gutachten der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB